

Auch in der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes wurde das Problem behandelt. Ein Mitglied des Nationalkomitees bemängelte, daß bei der Ausbildung die gegenwärtige Praxis der einheitlichen Studienplatzzuweisung und der anschließenden einheitlichen Arbeitsplatzzuweisung der Absolventen landwirtschaftlicher Schulen den Anforderungen an die Ausbildung agrotechnischer Fachleute nicht gerecht würde. Die landwirtschaftlichen Hochschulen, so lautete sein Vorschlag, sollten ihre Studenten aus dem Kreis der Abiturienten in ländlichen Gegenden rekrutieren, selbst auf die Gefahr hin, daß dann der Prüfungsstandard herabgesetzt werden müsse. Diese Abiturienten sollten nach ihrer Zulassung zur Hochschule einen Vertrag unterschreiben, in dem sie sich verpflichten, nach dem Studium in ihren Heimatkreis zurückzukehren, um dort für immer zu arbeiten (ebd.).

Die Modernisierung der Landwirtschaft ist praktisch nicht möglich ohne ein großes Kontingent an agrotechnischen Fachleuten. Zu Maos Zeiten schickte man zwangsweise gebildete Jugendliche aufs Land, die jedoch fachlich nicht auf ihre Aufgabe vorbereitet waren und später wieder in die Städte zurückkehrten. Heute ist der Zwang entfallen, und mit den ständigen Appellen an die Hochschulstudenten, nach dem Studium aufs Land zu gehen, ist nicht viel zu erreichen. Auch die zahlreichen Anreize, die teils in Aussicht genommen, teils verwirklicht sind, wie etwa ein befristeter Aufenthalt auf dem Lande, Beibehaltung der Haushaltsregistrierung in der Stadt usw., haben nicht viel bewirkt. Gebraucht werden auf dem Lande ja nicht nur Agrotechniker, sondern auch Lehrer, Ärzte u.ä. Das Problem wird wohl erst gelöst sein, wenn sich die Lebensumstände auf dem Lande denen der Städte angeglichen haben werden. -st-

*(20)

Ausbau des Gesundheitswesens in den achtziger Jahren

Im Gesundheitswesen wurden in den achtziger Jahren in China auf allen Gebieten merkliche Fortschritte erzielt. Entsprechende Zahlen, die vom Staatlichen statistischen Amt zusammengestellt wurden, veröffentlichte die *Guangming-Zeitung* in ihrer Ausgabe

vom 7.4.91. Danach gab es Ende 1990 im Gesundheitswesen landesweit insgesamt 208.000 Institutionen, 27.000 mehr als 1980. Die Zahl der Krankenhausbetten stieg im selben Zeitraum um 642.000 auf 2.624.000 an. Das medizinische Fachpersonal konnte seit 1980 um 1,1 Millionen auf einen Stand von 3.898.000 (1990) erweitert werden. Darunter zählten die Ärzte 1.763.000, ein Zuwachs um 610.000. Damit entfielen 1990 auf Tausend Einwohner 1,54 Ärzte (1980: 1,17 Ärzte).

In der Gesundheitsvorsorge wurden deutliche Erfolge erzielt, vor allem sind die Infektionskrankheiten merklich zurückgegangen. Ende 1990 gab es bereits 3.618 Impfstellen, 687 mehr als 1980. Die Infektionsrate ebenso wie die Sterblichkeitsrate bei den wichtigsten Infektionskrankheiten konnten von 1980 2.079,8 pro 100.000 bzw. 3,76 pro 100.000 auf 1990 265 pro 100.000 bzw. 0,93 pro 100.000 gesenkt werden. Auch die Gesundheitsarbeit für Mutter und Kind konnte verbessert werden. Derzeit gibt es in China 2.820 Mutter- und Kind-Kliniken oder -Stationen, 210 mehr als 1980.

Verhältnismäßig schneller hat sich das Gesundheitswesen in den autonomen Gebieten der nationalen Minderheiten entwickelt. Ende 1990 gab es in den Minderheitengebieten 332.000 Krankenhausbetten und ein Kontingent von 489.000 an medizinischem Personal. Dies bedeutete gegenüber 1980 einen Zuwachs von 37,4 bzw. 50,7 Prozent. Damit lag die Zuwachsrate um 5 bzw. 11,4 Prozent höher als in ganz China.

Darüber hinaus konnte in dem Jahrzehnt auch die Trinkwasserqualität auf dem Lande verbessert werden. Bis Ende der achtziger Jahre wurden etwa 10 Mrd. Yuan aufgewendet, um das Trinkwasser für gut 600 Mio. auf dem Lande lebender Menschen zu verbessern.

Die Leistungen in bezug auf den Ausbau des Gesundheitswesens sind unbestreitbar - sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Dennoch bleibt anzumerken, daß die medizinische Versorgung der ländlichen Bevölkerung vielfach immer noch unzureichend ist. Dies liegt vor allem an dem Ärztemangel, der darauf zurückzuführen ist, daß die überwiegende Mehrzahl der Jungärzte nicht gewillt ist, sich auf dem Lande niederzulassen. -st-

Außenwirtschaft

*(21)

Zhu Rongji in Deutschland

Der Shanghaier Oberbürgermeister und nunmehr neue stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji begann am 22.4.91 seine achttägige offizielle Reise durch die Bundesrepublik Deutschland.

Zhu Rongji, der als erster chinesischer Besucher nach dem 4. Juni 1989 auf Ministerebene empfangen wurde, führte zunächst Wirtschaftsgespräche mit dem Vorsitzenden des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Jürgen Möllemann, und Kanzleramtsminister Karl Seifers in Bonn.

Von chinesischer Seite wurde auf die Fortsetzung der außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik und auf die stabile wirtschaftliche Entwicklung hingewiesen. Zhu betonte, daß die Unternehmen zwar größere Entscheidungsrechte erhielten, im außenwirtschaftlichen Bereich jedoch zur Aufrechterhaltung der Liefer-, Qualitäts- und Zahlungstreue zentrale Strukturen beibehalten würden.

Die deutschen Gesprächspartner sahen gute Aussichten für eine Normalisierung der Handelsbeziehungen und eine erneute Ausweitung der deutschen Exporte, die im Vorjahr stark zurückgegangen waren. In diesem Zusammenhang forderte Otto Wolff von Amerongen einerseits eine größere Transparenz des chinesischen Marktes für die deutschen Anbieter und warnte andererseits vor einer Abschottung der chinesischen Unternehmen vom Weltmarkt.

Kanzleramtsminister Seifers bewertete die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit als Zeichen des guten Willens und des langfristigen Interesses der Bundesregierung an guten deutsch-chinesischen Beziehungen. Als Beispiel der erfolgreichen Kooperation nannte Zhu Rongji die deutsche Beteiligung am U-Bahn-Bau in Shanghai. (SWB, 25.4.91; HB, 24.4.91)

Nach Gesprächen mit Außenminister Genscher in Berlin besuchte Zhu Rongji auch Hamburg. Hier stellte er

sich u.a. auf Einladung des Ostasiatischen Vereins und der Hamburger Handelskammer einem Kries von Vertretern aus Politik und Wirtschaft.

Die chinesische Delegation nutzte die Gelegenheit zur Information über den Planungs- und Entwicklungsstand der Wirtschaftssonderzone Pudong.

Engpaßfaktoren beim schnellen Aufbau der Wirtschaftssonderzone Pudong sind einerseits internationale Finanzmittel zur Realisierung der notwendigen Infrastrukturprojekte und andererseits weitere Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Investoren bzw. die tatsächliche Durchsetzung bestehender rechtlicher Bestimmungen. Weitere Probleme betreffen die Reduzierung der Bürokratie und Förderung der Effizienz bestehender Industriebetriebe. -schü-

* (22)

Neues Gesetz zur Gewinnbesteuerung von Unternehmen mit ausländischem Kapital

Am 9.4.1991 wurde vom Nationalen Volkskongreß ein neues Gesetz zur Gewinnbesteuerung von Unternehmen verabschiedet, die mit ausländischem Kapital arbeiten. Das zum 1.7.1991 in Kraft tretende Gesetz wird die bisherige unterschiedliche Besteuerung von Unternehmen im ausländischen Alleineigentum und Vertrags-Joint Ventures einerseits sowie Equity Joint Ventures andererseits vereinheitlichen. Für alle diese Unternehmensformen wird ab Juli eine proportionale Gewinnbesteuerung von 33% gelten, die eine 3%ige Gemeindesteuer einschließt. Während das Gesetz für die Equity Joint Ventures keine Änderung des Steuersatzes zur Folge hat, begünstigt es Unternehmen im ausländischen Alleineigentum und Vertrags-Joint Ventures (z.B. Hotel-Joint Ventures), die sich derzeit einem Steuersatz von bis zu 50% gegenübersehen. (XNA, 10.4.91; SCMP, 11.3.91; SWB, 4.4.91)

Die bisherige präferentielle Steuerbehandlung von Unternehmen mit ausländischem Kapital in den Wirtschaftssonderzonen und in den Küstenprovinzen wird beibehalten, so daß in diesen Gebieten weiterhin ein Steuersatz von 15% bzw. 24% gelten wird. Darüber hinaus wird der Anwendungsbereich

der präferentiellen Besteuerung von 15% auf Unternehmen ausgeweitet, die z.B. in den Bereichen Energie, Kommunikation und Hafenausbau arbeiten. (XNA, 4.4.91; NfA, 28.2.91)

Das neue Gesetz sieht außerdem vor, die bisher von den Equity Joint Ventures beim Gewinntransfer erhobenen Steuern in Höhe von 10% abzuschaffen sowie die zeitliche Verlängerung ertragsmindernder Verlustvorträge von bisher fünf auf zehn Jahre. Weiterhin sind im Gesetz strikte Bestimmungen für die Fälle der Steuerumgehung und -hinterziehung enthalten. (NfA, 28.2.91; XNA, 10.4.91)

Zusammen mit dem neuen Gesetz werden bis Juli Durchführungsbestimmungen vorgelegt, die insbesondere auch die Anwendung der neuen Steuerregelung auf bestehende Unternehmen mit ausländischem Kapital festlegen werden. Gu Ming, stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Rechtsfragen im Nationalen Volkskongreß, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß für bestehende Unternehmen die ursprünglichen gesetzlichen Regelungen noch innerhalb des laufenden Vertragszeitraums gelten werden. (XNA, 4.4.91) -schü-

* (23)

Weltbankkredite 1991

Die Weltbank beabsichtigt, in diesem Jahr an China Kredite von insgesamt 1,5 Mrd.US\$ für 12 Projekte zu vergeben, die entsprechend den G-7-Beschlüssen des letzten Jahres in Houston in erster Linie für humanitäre Zwecke und Umweltschutz sowie zur Förderung der Wirtschaftsreform eingesetzt werden sollen.

In diesem Jahr wurden China bisher Kredite in Höhe von 307,2 Mio.US\$ bereitgestellt, die für drei industrielle und infrastrukturelle Projekte bestimmt sind. Hierzu zählt u.a. ein Anfang Februar bewilligter Kredit in Höhe von 150 Mio.US\$ zur Modernisierung der Elektronik- und Druckindustrie in Shanghai, der jedoch nicht für die Entwicklung der Wirtschaftssonderzone Pudong verwendet werden darf. Allerdings bemüht sich die Shanghaier Regierung weiter, die Unterstützung der Weltbank für Projekte in Pudong zu erreichen. (SCMP, 27.3.91; ASWJ, 31.1.91; XNA, 31.1.91)

Ende März wurde ein Kredit in Höhe von 77,8 Mio.US\$ für ein städtisches Infrastrukturprogramm in der Provinz Liaoning bewilligt. Das Ziel dieses Projektes ist die Verbesserung der Wasserversorgung der Städte Shenyang, Fuxin und Yingkou sowie des Transportsystems in Shenyang. (XNA, 27.3.91; SCMP, 27.3.91)

Ein derzeit laufender Projektantrag Chinas mit einem vorgesehenen Kreditvolumen von 150 Mio.US\$ betrifft den Ausbau des Transportsystems in der Provinz Jiangsu. Bisher wurde der Projektantrag aufgrund der nach dem 4.Juni 1989 gegenüber China verhängten Sanktionen bereits zweimal abgelehnt. (SCMP, 8.4.91)

Nach offiziellen chinesischen Angaben hat die Weltbank an China seit 1982 für insgesamt 88 Projekte Kredite in Höhe von 9,83 Mrd.US\$ vergeben. (XNA, 7.2.91) Für den Zeitraum 1981-1988 belegen Untersuchungen ausländischer Wirtschaftsexperten, daß der überwiegende Teil der Kredite für Projekte in den Bereichen Transport (24%), Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (23%) sowie Energie (22%) bestimmt war. Weiterhin wurden insbesondere Projekte im Erziehungsbereich (10%), für die Entwicklung von Finanzgesellschaften (9%), und für die industrielle Entwicklung (7%) genehmigt. Nur zwei Drittel der Projekte wurden über die Zentralregierung abgewickelt, der Rest dagegen über die einzelnen Provinzen Chinas. Bei der Zuweisung von Projektmitteln im Zeitraum 1981-1989 waren die im tiefen Hinterland Chinas befindlichen Provinzen wie Heilongjiang, Shaanxi, Gansu, Qinghai, Innere Mongolei, Ningxia und Xingjiang mit einem prozentualen Anteil von 34% am stärksten begünstigt. Auf die übrigen Inlandprovinzen wie Anhui, Shanxi, Henan, Hubei, Hunan, Jiangxi und Jilin entfiel ein Anteil von 24%. Die größten Städte Shanghai, Beijing und Tianjin erhielten ebenso 17% wie die Küstenprovinzen Liaoning, Hebei, Shandong, Jiangsu, Zhejiang, Hainan und Guangxi; auf die beiden Küstenprovinzen Guangdong und Fujian entfiel ein Anteil von 8%. (CBR, Jan-Febr. 91, S.44-49)

Auch mit der vollen Wiederaufnahme des seit Juni 1989 eingefrorenen Kreditprogramms der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) wird bald gerechnet, das in den letzten zwei Jahren

lediglich auf wenige Projekte für humanitäre Hilfe beschränkt war. Während im Jahre 1988 Entwicklungskredite in Höhe von 300 Mio.US\$ an China gegangen waren, umfaßte das Kreditvolumen im letzten Jahr lediglich einen Kredit von 50 Mio.US\$ für die chinesische Landwirtschaftsbank und einen Kredit von 1,8 Mio.US\$ für vier Projekte der technischen Unterstützung. (SCMP, 3.4.91) -schü-

*(24)

Konvertibilität der chinesischen Währung geplant?

Anfang April wurde die chinesische Währung erneut abgewertet, allerdings lediglich um 0,95%, so daß sich der Wechselkurs des RMB/Yuan gegenüber dem US\$ von 5,2090 auf 5,2589 veränderte. Insgesamt wurde der Wert des RMB/Yuan in den letzten 15 Monaten damit zu dritten Mal gesenkt; im Dezember 1989 um 21,2% und im November 1990 um 9,57%.

Eine offizielle chinesische Stellungnahme zur Abwertung wurde nicht veröffentlicht, doch gehen ausländische Experten von weiteren Anpassungen der Währung an den tatsächlichen Marktwert aus, der schätzungsweise noch 5-10% tiefer liegt. Bisher ist die chinesische Währung nicht frei konvertibel, und lediglich auf den Swap-Märkten, auf denen Außenhandelsgesellschaften ihre Devisenüberschüsse tauschen, entsteht ein Devisenkurs nach Angebot und Nachfrage. Die Bedingungen für eine schrittweise Freigabe des RMB/Yuan bis zur völligen Konvertibilität sind nach ausländischen Einschätzungen relativ günstig, da China durch die Exportüberschüsse im letzten Jahr Devisenreserven von 26 Mrd.US\$ realisieren konnte. (ASWJ, 15.4.91; HB, 15.4.91) -schü-

Binnenwirtschaft

*(25)

Wirtschaftliche Entwicklung im 1. Quartal 1991

Nach Angaben von Zhang Zhongji, Sprecher des staatlichen Statistikamtes, erholte sich die Wirtschaft in den ersten drei Monaten dieses Jahres deutlich.

Die bereits in den letzten Monaten des Jahres 1990 begonnene starke Erhöhung des industriellen Bruttoproduktionswertes setzte sich auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres fort. Insgesamt betrug der Zuwachs im 1. Quartal 13,7% gegenüber der Vorjahresperiode; das Wachstum der staatlichen Unternehmen machte 9,6% aus.

Auch der inländische Konsumgütermarkt soll sich nach offiziellen Angaben wieder belebt haben. Der Einzelhandelsumsatz erhöhte sich um 13% im Vergleich zum 1.Quartal des Jahres 1990.

Im Außenhandel konnte China in den ersten drei Monaten wiederum einen Handelsüberschuß erzielen. Nach chinesischen Zollstatistiken betrug der Exportwert 13,39 Mrd.US\$ und der Importwert 11,14 Mrd.US\$. Einem Anstieg der Exporte um 24,1% stand eine Erhöhung der Importe um 11,7% gegenüber. Nach Angaben von Zhang Zhongji gingen die Importe von hochwertigen Konsumgütern wie Farb-TV und Kassettenrekorder weiter zurück, während sich die Importe von Produktionsgütern erhöhten.

Als weitere Indikatoren für die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation nannte Zhang Zhongji die Erhöhung der staatlichen Einnahmen und daraus resultierend eine stabile finanzielle Situation sowie die Reduzierung des Unterschieds zwischen Krediten und Ersparnissen. Unter der Voraussetzung, daß die Kontrolle über das gesamte Kreditvolumen aufrechterhalten wird, kann nach Zhang auch eine stabile Zuwachsrate garantiert werden.

Den hohen Wachstumsraten im 1. Quartal dieses Jahres steht jedoch eine Reihe von kritischen Faktoren gegenüber. Hierzu zählten die weiterhin geringe Effizienz der [staatlichen] Unternehmen, die Zunahme der Lagerhaltung und des Kostenanstiegs, die insgesamt zum weiteren Rückgang der Gewinne vieler Unternehmen beigetragen haben. Auch das Problem der Getreideaufkäufe ist noch nicht gelöst, da noch immer viele Bauern darauf warten, ihre Überschüsse verkaufen zu können. Darüber hinaus erfolgte in den großen und mittleren Städten wieder ein relativ schneller Anstieg der Einzelhandelspreise. Als destabilisierend wird von Zhang auch die Tatsache dargestellt, daß die hohe Kredit-

menge des Jahres 1990 noch nicht absorbiert wurde, während die Investitionskreditnachfrage wieder schnell gestiegen ist. (XNA, 23.4.91) -schü-

*(26)

Wirtschaftsplanung 1991

Auf der 4. Tagung des 7. Nationalen Volkskongresses (NVK) lieferte Zou Jiahua, Staatskommissar und Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission, einen Bericht über die Realisierung der Wirtschaftsplanung des letzten Jahres und über die Planung für 1991.

Die im März 1990 im Tätigkeitsbericht der Regierung auf der 3. Tagung des 7. NVK von Ministerpräsident Li Peng vorgestellten Planziele wurden überwiegend erreicht bzw. überschritten. Die geplante Erhöhung des Bruttosozialprodukts um 5% konnte realisiert werden, während das im Plan vorgesehene 6%-ige Wachstum des industriellen Bruttoproduktionswertes höher ausfiel und 7,6% ausmachte. (SWB, 29.3.91) Allerdings fiel die Wachstumsrate bei Betrachtung unterschiedlicher Eigentumsformen in der Industrie sehr verschieden aus und spiegelte die Schwäche der staatlichen Industriebetriebe wider. Während nämlich das Wachstum in der staatseigenen Industrie lediglich 2,9% ausmachte, betrug der Zuwachs in der kollektiveigenen Industrie 9,1% (Gemeindebetriebe + 12,5%) und in der privaten Industrie 21,6%. Die Zuwachsrate der industriellen Produktion in den Joint Ventures, Kooperationsunternehmen und Unternehmen im ausschließlich ausländischen Eigentum erhöhte sich sogar um 56%. Der Rückgang der wirtschaftlichen Effizienz spiegelt sich auch in der um 18,5% im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Ablieferung von Steuern und Gewinnen an den Staat wider, in der Zunahme der Umschlagsgeschwindigkeit des planmäßigen Umlaufkapitals von 109 auf 127 Tage sowie im Rückgang der Gewinne pro 100 Yuan eingesetzten Kapitals von 19,36 Yuan im Jahre 1989 auf 13,76 im Jahre 1990.

Zwar betrug der Zuwachs des landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswerts 6,9% und lag damit über dem mit 4% geplanten Wert. Der Erhöhung des Getreideoutputs auf 435 Mio.t bzw. um 6,7% überstieg wesentlich das auf 412,5 Mio.t festgelegte Produk-